

3.1 Verwaltung erneuern und modernisieren

Die Verwaltung soll für die Menschen da sein. Doch ein Termin beim Bürgeramt, Heiraten am Samstag oder Elterngeld bevor die Elternzeit vorbei ist, wurden in den letzten Jahren für viele Berlinerinnen und Berliner zum Glücksspiel. Das ist die Folge der Personalpolitik von SPD und CDU im Bezirk und im Land, durch die unser Bezirk in fünf Jahren 220 Vollzeitstellen einsparen musste und muss. Dadurch hat unser Bezirk auch mit verlorenen Einnahmen, ungenutzten Förderprogrammen und höheren Sozialausgaben durch mangelnde Kostenkontrolle zu kämpfen. Während andere Bezirke Ausnahmen ausgehandelt oder den Personalabbau in der Praxis abgeschwächt haben, hält der Bezirksbürgermeister stur am Personalabbau fest. Damit muss Schluss sein: Wir Grüne werden uns einem konzeptlosen Personalabbau weiterhin entgegenstellen, damit die Verwaltung endlich wieder in allen Bereichen ihre Aufgaben erledigen kann.

Der Personalabbau, die steigende Arbeitsbelastung und ein hoher Krankenstand machen die Arbeit in der Bezirksverwaltung für Berufsanfängerinnen und -anfänger immer unattraktiver. Da der Verwaltung ein Generationswechsel bevorsteht und die Dienstleistungen durch neue digitale Möglichkeiten angeboten werden sollen, brauchen wir neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auch den Schwung und die Ideen junger, motivierter Menschen. Die Vielfalt im Bezirk muss sich dabei auch in der personellen Besetzung der Verwaltung widerspiegeln.

Um attraktivere Arbeitsplätze zu schaffen, sind flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office für uns denkbar. Durch eine Ausbildungsinitiative möchten wir junge Menschen für eine Laufbahn in der Verwaltung begeistern. Dafür werden wir auch auf die Hochschulen und Universitäten zugehen, um Studierende schon während ihrer Ausbildung für eine Arbeitsstelle in der Bezirksverwaltung zu gewinnen.

Für unsere Verwaltung brauchen wir die qualifiziertesten Köpfe. Dafür müssen die Stellenbesetzungen transparent und zügig durchgeführt werden. Verfahren, die mehrere Monate dauern, strapazieren die Geduld der Bewerberinnen und Bewerber und sind nicht konkurrenzfähig. Hier wollen wir Bürokratie abbauen und freihändige Stellenbesetzungen beenden, um Vetternwirtschaft auszuschließen. Gleichstellungsziele sollen konsequent verfolgt und Diskriminierung bekämpft werden. Dafür wollen wir erste Versuche von anonymisierten Bewerbungsverfahren im Bezirksamt ausbauen. Für uns zählen Ausbildung, Fähigkeiten und Motivation und nicht, wer wen mit welchem Parteibuch kennt.

Um die Verwaltung an die heutigen Anforderungen der Menschen in unserem Bezirk anzupassen, werden wir die Möglichkeiten ausbauen, Verwaltungsleistungen online von zuhause aus in Anspruch zu nehmen. Dies gehört für uns zu den Voraussetzungen einer modernen Großstadt.

3.2 Investitionsmittel sichern und in die Zukunft investieren

Durch die Vorgaben des Berliner Senats musste unser Bezirk viele Jahre zusätzlich sparen, weil unser Bezirk im Vergleich zu anderen Bezirken beispielsweise mehr Kosten je Schüler*in aufwendet. Dadurch bestraft das Land Berlin die Bezirke, die ungünstige Voraussetzungen wie große Schulgebäude mit hohen Unterhaltungskosten haben oder die auf Qualität anstatt auf Quantität

388 setzen. Für die „Haushaltssanierung“ nutzten SPD und CDU finanzielle Mittel, die
389 für wichtige Investitionen vorgesehen waren. Das Ergebnis sehen die
390 Anwohner*innen an jeder Ecke: Der Bezirk ist zwar „schuldenfrei“, nimmt dafür
391 aber alleine an den Schulen einen Sanierungstau von 120 Millionen Euro in Kauf.
392 Von den allein im Jahr 2016 „eingesparten“ drei Millionen Euro
393 Investitionsgeldern hätten an zwölf Schulen Toiletten saniert werden können. Das
394 Geld fehlt aber auch den Berliner Bauunternehmen und Handwerksbetrieben, die mit
395 diesen Aufträgen neue Arbeitsplätze hätten schaffen können.

396 Im Jahr 2015 haben wir zusätzlich sechs Millionen Euro für die Grundsanierung
397 der Schulen erstritten. Doch hier muss sich angesichts des riesigen
398 Sanierungstaus noch viel mehr bewegen. Dafür wollen wir in Zukunft neue Wege
399 gehen: Anders als bisher wollen wir nationale und europäische Förderprogramme
400 nutzen, um die Probleme in unseren Kiezen besser und schneller zu lösen und um
401 mehr Mittel für Investitionen nutzen zu können. Um diese Mittel beantragen und
402 verwalten zu können, wollen wir qualifiziertes Personal anstellen.

403 Wir wollen nicht an Zukunftsinvestitionen sparen, sondern unsere Verwaltung so
404 gestalten, dass alle Abteilungen, vom Ordnungsamt bis zum Schulamt,
405 wirtschaftlich arbeiten. Wir wollen, dass Schulen, Bibliotheken, Parks,
406 Sportanlagen, Jugendeinrichtungen und Bürogebäude schneller und umfangreicher
407 saniert werden – für die, die sie nutzen und für die, die darin arbeiten.
408 Deshalb möchten wir dafür sorgen, dass in den kommenden Jahren deutlich mehr
409 Geld verbaut wird, damit sich Schulkinder wieder auf die Toiletten trauen oder
410 Sportanlagen wieder gefahrlos genutzt werden können. Denn weitere fünf Jahre
411 verantwortungslose Sparpolitik werden nicht nur unsere Kinder doppelt bezahlen
412 müssen: heute als Schülerinnen und Schüler, die in maroden Schulen lernen
413 müssen, und morgen als Steuerzahlerinnen und -zahler. Wir wollen die
414 strukturellen Probleme angehen, um die Grundlagen für unsere Zukunft zu
415 schaffen.

416 3.3 Wirtschaftlichen Aufschwung fördern und Potenziale erschließen

417 Die Wirtschaft in unserem Bezirk boomt und wir sehen große Chancen in dieser
418 Dynamik. Dafür brauchen wir eine moderne Wirtschaftsförderung, welche die
419 Gründerszene ebenso in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt wie die kleinen
420 Handwerksbetriebe in den Kiezen. Deshalb wollen wir diesen Bereich personell
421 stärken und dafür sorgen, dass die Verwaltung Unternehmen und anderen
422 wirtschaftlich Tätigen bei ihren Problemen wie unkoordinierte Baustellen vor der
423 Ladentüre, dem Fachkräftemangel oder Maßnahmen im Bereich der
424 Ressourceneffizienz weiterhilft. Für uns ist bezirkliche Wirtschaftspolitik ein
425 Querschnittsthema: von guten Schulen, die die Fachkräfte von morgen ausbilden,
426 über die klassische Förderung von Start-Ups und den kleinen und mittelgroßen
427 Unternehmen bis hin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wirtschaftspolitik
428 betrifft alle Fachbereiche im Bezirksamt und muss endlich den Stellenwert
429 bekommen, den sie verdient.

430 Wir wollen die weichen Standortfaktoren im Bezirk, wie gepflegte Grünanlagen und
431 ein reichhaltiges Kulturangebot, ebenso stärken wie Orte des Austauschs und des
432 Netzwerkens, um Gründer*innen zu unterstützen. Außerdem setzen wir uns für
433 freies WLAN im Bezirk ein und wollen dafür öffentliche Gebäude als Standorte für
434 Initiativen wie Freifunk bereitstellen. Wir wollen eine nachhaltige
435 Tourismusentwicklung, die allen Menschen im Bezirk zugutekommt. Hierzu werden

436 wir in den touristischen Hotspots die Interessensgemeinschaften vor Ort
437 weiterentwickeln und unerschlossene Potenziale in den anderen Bezirksregionen
438 erschließen. Außerdem möchten wir, dass mehr Menschen vom Wirtschaftsaufschwung
439 profitieren. Daher werden wir arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärker auf die
440 Bedürfnisse der Unternehmen abstimmen, damit offene Stellen besetzt und auch
441 Menschen in schwieriger Lage Perspektiven eröffnet werden.

442 3.4 Armut bekämpfen und Perspektiven eröffnen

443 Wer Hilfe braucht, hat nicht nur Anspruch auf Hilfe, sondern auch auf offene
444 Türen in den Ämtern sowie auf gute Beratung. Das geht nur mit genug Personal,
445 und daran wollen wir nicht sparen. Darüber hinaus werden wir das bezirkliche
446 Beschwerdemanagement verbessern: Beschwerden und Anregungen sollen schneller
447 bearbeitet und transparent einsehbar sein. Für das Jobcenter werden wir eine
448 Ombudsstelle einrichten, die Beschwerden über das Jobcenter neutral prüft.

449 In jeder Familie wollen wir mindestens eine Person in Arbeit oder Ausbildung
450 bringen. Für diejenigen, die im Arbeitsmarkt in der „freien Wirtschaft“ nicht
451 mithalten können, sollen Bezirksamt und Senat verlässliche Arbeitsmöglichkeiten
452 schaffen. Durch Anpassungsqualifizierung beim Jobcenter und Überzeugung der
453 Arbeitgeber*innen wollen wir den Übergang vom Minijob zur Vollzeitstelle
454 unterstützen. Dadurch wollen wir auch einen Beitrag gegen die steigende Armut
455 trotz Arbeit leisten. Auch die Altersarmut in unserem Bezirk wollen wir angehen.
456 Gemeinsam mit der Seniorenvertretung werden wir dafür werben, Hilfen wie die
457 gesetzliche Grundsicherung in Anspruch zu nehmen und nicht aus Scham ungenutzt
458 zu lassen.